

Die Zukunft.

Ueber den jetzt beendeten Weltkrieg sind, wie bekannt, eine Menge Schilderungen im voraus geschrieben worden; von allen diesen Prophezeiungen ist keine eingetroffen, weder für den Verlauf des Krieges, dessen lange Dauer und Ausbreitung niemand wegen eintretenden Menschen-, Lebensmittel- und Geldmangels für möglich hielt, und schon gar nicht für seinen Abschluß.

Der Krieg hätte wohl anders verlaufen können, wenn Deutschland vor 1914 mehr für eine gewaltige Eisenkammer gefordert hätte; aber hätte man und dann nicht erst recht zugerufen, daß wir den Krieg im Schilde führten? Vielleicht wäre dann der Krieg noch früher vom Gegner vom Saune gedrohen worden. Wir wollen nicht wieder für die Zukunft voraussagen, da wir nun das neue Deutschland haben. Das wirkt irreführend. Wir wollen für die Notwendigkeiten sorgen. Und da gilt es, zuerst ein sicheres Dach zu schaffen, das uns und unser Eigentum schützt, dessen Sicherheit von der neuen Volksregierung versprochen worden ist. Dieses Dach muß die gesetzliche Garantie sein für jeden Bürger, daß er in Ruhe arbeiten und die Früchte seiner Tätigkeit mit seinem Willen genießen kann. Dann werden sie ihres Lebens froh sein und redlich mitarbeiten können, daß Deutschland die schweren Wunden überwindet, die ihm der Krieg geschlagen hat, und deren Tragweite erst beim Friedensschluß abzusehen werden kann.

Ohne eine solche allgemeine Lebensfreude an der eigenen Tätigkeit geht es nicht; die Jahre nach dem Kriege werden nicht so leicht sein, daß die moderne Leichtlebigkeit, wie sie vor 1914 bestand, wieder einreichen kann, denn es ist nicht damit getan, daß jeder Tag seine eigene Sorge habe. Um Eigentum, Recht und Gerechtigkeit darf also eine Sorge nicht bestehen und wird sie auch nicht, wie wir hoffen, zu bestehen brauchen.

Wenn Deutschland wieder aufblühen soll, müssen wir den Rationalwohlstand fördern. Und das können wir nur, wenn wir auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben, wenn uns der Wettbewerb des Auslandes nicht tot drückt. Arbeitgeber und Arbeiter hätten den gleichen Anreiz davon. Wenn die neue Regierung die Taten für diese Leistungsfähigkeit deutscher Arbeit schafft, so kann sie schöne Worte des Auslandes entbehren. Diese Ueberzeugung hat sie auch selbst wohl gewonnen.

Wenn für Armee und Marine gespart und die Steuer reformiert wird, so erhöht auch das die gewerbliche Leistungsfähigkeit, die zugleich dem Inlande zugute kommt. Aber wir wollen uns, wie gesagt, hüten Voraussetzungen für diese Möglichkeiten aufzustellen. Ihre Erfüllung ruht nicht allein bei unserem guten Willen, sondern mehr noch bei dem anderen. Niemand mag wohl die Frage auch nur erörtern, ob der Weltkrieg die Weltkarte endgültig festlegt.

Nach dem langen Kriege, der nicht nur Gebirgs- sondern auch Beckenländer gebracht hat, handelt es sich für jedermann um ein ungefährdetes Dasein. Das ist das Gebot des Tages. Die politischen Angelegenheiten wird die deutsche Nationalversammlung und die gesetzgebende Körperschaft jedes Einzelnen lösen. Das ist eine Arbeit, die nicht allein Zeit haben will, sondern auch Zeit haben muß. Wm.

Politische Kundschau.

Das Ende des Reichstages. Nach einer ausführlichen telegraphischen Reichstagspräsidenten-Rede an das Kabinett: „Bedenkt die Reichsleitung, gegen vielfach angeregte Einberufung des Reichstages Montag oder Dienstag Einspruch zu erheben und eventuell Maßnahmen dagegen zu treffen?“

Das Kabinett erwiderte: „Infolge der politischen Umwälzung, die sowohl die Institution des deutschen Kaiserthums als auch den Bundesrat in seiner Eigenschaft als gesetzgebende Körperschaft beseitigt hat, kann auch der 1912 gewählte Reichstag nicht mehr zusammentreten.“ Ebert. Dmte.

Burgen und Schlösser.

Amerikanische Kriegsgewinnler wollen sie verkaufen! Mancher von den Millionen schweren nordamerikanischen Kriegsgewinnlern mag bei der Nachricht von der deutschen Revolution wohl ausgerufen haben: „Seht laufe ich mit ein deutsches Kaiser- oder Königsschloß! Für die Dantkes gibt es ja nur unbegrenzte Möglichkeiten, aber so einfach ist die Sache denn doch nicht, wie er jetzt, noch später.“

Es spricht für den gesunden deutschen Sinn, daß nirgend der Vorschlag aufgefaßt ist, mit den ehemaligen Fürstenschlössern ein Geschäft zu machen. Angeht nur eine Verwendungszweck, wie z. B. in München für das Volkshochschul- und Volksgesundheitswesen und ähnliches.

Es gibt indessen auch hier Rechtsfragen, die nicht außer Acht gelassen werden können. Ein Teil der Schlösser sind bereits Staatseigentum, werden auch zu staatlichen Zwecken verwendet und bleiben also in unveränderlichem Rechtsstand. Auch das Reich hat zwei Kaiserschlösser, in Straßburg im Elsaß und in Posen.

Ein weiterer Teil der Schlösser und Burgen ist Eigentum des Kron-Vermögens, gehört also zum Repräsentationsfonds der betreffenden Dynastie. Dahn zählen die Residenzschlösser in den Hauptstädten und andererorts aufserhalb derselben. Sie bieten besonders hohen historischen und künstlerischen Wert, können also auch in einer Republik nicht ohne weiteres nach einem beliebigen Schema verwendet werden und vertragen auch nicht alle eine solche Verwendung. Es braucht in dieser Beziehung nur an das weltberühmte Schloß Sandjowicz bei Potsdam erinnert zu werden. Die Frage einer finanziellen Entschädigung kann nur an der Hand der Entstehung dieses Kronbesitzes entschieden werden. Der historische und künstlerische Wert ist sehr bedeutend, während von praktischer Verwendungszweck nicht selten das Gegenteil gesagt werden dürfte.

Die Reichsregierung ist mit den Vorbereitungen zur möglichst schnellen Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung beschäftigt.

Rheinland — Republik? Bestrebungen, die auf die Ausrufung der Rheinprovinz als Republik hinarbeiten, haben in Koblenz Boden gefunden. Eine Versammlung von 3000 Teilnehmern sprach sich für die Republik Rheinland aus, wenn die Entente Anzeigungsabsichten zeigen sollte.

Korfu, der künftige Aufenthaltsort Kaiser Wilhelm. In Paris ist das Gerücht verbreitet, Kaiser Wilhelm II. habe die Genehmigung nachgesucht, nach Korfu überzusiedeln.

Das Schicksal der k. Verlassenen Familie. Der Potsdamer A. u. S.-Rat hat der Kaiserin, sowohl wie der Kronprinzessin je einen Extrazug zur Verfügung gestellt. Es ist ihnen gestattet worden, von ihrem persönlichen Eigentum soviel mitzunehmen, wie sie wollen. Das übrige persönliche Eigentum wird vom A. u. S.-Rat sichergestellt.

Die Kaiserin, die noch immer unter Herzschmerzen zu leiden hat, sagt sich in die veränderten Verhältnisse mit bemerkenswerter Ruhe. Sie hat wiederholt den Herren des A. u. S.-Rates, unter denen sich übrigens ein früherer Bismarckadjutant Oberst von Hahnke befindet, ihren Dank für die entgegenkommende Erledigung ihrer Angelegenheiten ausgesprochen. — Inzwischen soll die Kaiserin in Holland eingetroffen sein.

Die Kronprinzessin ist mit ihren sechs Kindern wieder nach ihrem Besitzum Schlosshof übergesiedelt. Auch sie dürfte in den nächsten Tagen Deutschland verlassen und wahrscheinlich nach Dänemark reisen. Freitag abend hielt die Kronprinzessin im Schlosshof eine allgemeine Ansprache ab, an der sämtliche Hofangestellten teilnahmen.

Ueber den zukünftigen Wohnsitz der Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses ist noch nichts Endgültiges festgestellt. Prinz Luitpold ist von der Front nach Potsdam gekommen und hat mit den Leitern des dortigen A. u. S.-Rates die Angelegenheiten besprochen. Er hat auch die Verhandlungen über die Ausreise der Kaiserin geführt.

Einberufungsversuche für den Eintritt in den Arbeiter- und Soldatenrat. In Bayern hat der Arbeiter- und Soldatenrat die Führer der christlichen Bauernbewegung um ihren Eintritt in den Arbeiter- und Soldatenrat. Man bot ihnen 50 Sige an. Die Herren Dr. Heim und Dr. Schlittenbauer stellten zur Bedingung, daß die neue Regierung die gewalttätige Requirierung der Lebensmittel auf dem Lande verhindern, daß der verfassungsmäßige Zustand, den eine Nationalversammlung schafft, von der neuen Regierung und dem provisorischen Parlament als gesetzlich anerkannt wird. Daß die Wahlen sobald als möglich durchgeführt werden und frei von jedem Terror bei voller Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit durchgeführt werden. Im übrigen erhebt der Bauernverein eine Reihe von Forderungen für die praktische Durchführung der Lebensmittelversorgung, Bereitstellung der Transportmittel, Schutz gegen Schleichhändler, Homsterer, Raub, Plünderung, Anweisung der Distriktsbehörden ufo.

Das Zentrum und die kommende Nationalversammlung. Zur Vorbereitung der Wahlen für die Nationalversammlung hat die Zentrumspartei in Berlin ein Generalsekretariat eingerichtet, das von dem Abgeordneten Dr. Pfeiffer geleitet wird.

Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraction des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses wenden sich in einem besonderen Aufrufe an die Arbeiter, Soldaten und Matrosen, die Zentrumsmittel jeder Art, und fordern sie unter Hinweis darauf, daß die Arbeiter- und Soldatenräte der Ruhe und der Ordnung dienen wollen, auf, auch ihrerseits Wahrung zu bewahren, die anarchischen Elemente niederzuhalten und die Beamten und Behörden in ihrem Bestreben, den geordneten Gang der Dinge zu sichern, zu unterstützen.

Die Nationalversammlung geschlossen. Auf Anfrage in einer Versammlung von Pressevertretern

gab der Reichsbeauftragte Dr. Landsberg Auskunft über Fragen der Politik.

Er ist überzeugt, daß die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung im Januar erfolgen werden. Sie würden keine Minute länger hinausgezögert, wie die notwendigen Vorbereitungen es fordern. „Ich stehe und falle mit der konstituierenden Nationalversammlung, und meine Kollegen in der Regierung stehen auf demselben Standpunkt.“

Die Wahlvorbereitungen zu treffen ist Sache des Reichsamts des Innern, das unter der Leitung eines Bürgerlichen, des Staatssekretärs Dr. Preuß steht.

Die einzuführende Verhältniswahl sichert jedem in Stadt und Land das völlig gleiche Wahlrecht. Es wird keinerlei Ausnahmen geben.

Der neue Eisenbahndirektor für die preussische Eisenbahngemeinschaft ist der bisherige Ministerialdirektor Hoff. Schon für die allernächste Zeit sind bedeutende Maßnahmen auf dem Gebiet der Dienstleistungen und Einkommensverbesserung für Beamte und Arbeiter zu erwarten.

Gerichtliches.

Wahlstrafverfahren. Der schon mehrfach verurteilte Offizier Friedrich Hof aus Sellental lernte auf der Reise von Kassel nach Berlin eine 19jährige Dame aus Berlin kennen, der er sich als Waisenweib auf Urlaub und Sohn eines reichen Fabrikanten, der über 800 Arbeiter beschäftigte, vorstellte. Unter gleichen Vorwänden wußte er sich das Vertrauen der Eltern des Mädchens zu erwerben, so daß es zur Verlobung kam und die Hochzeit auf Weihnachten festgesetzt wurde. Vor wenigen Wochen erkrankte sie an Typhus und starb. Der Vater des Mädchens leitete die Untersuchung ein. Die Staatsanwaltschaft in Göttingen verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten sowie zu 2 Jahren Ehrverlust.

Aus aller Welt.

Das Prinzenpaar Heinrich von Preußen weilte seit voriger Woche in Grünholz, Kreis Hildesheim, auf dem Gut des Herzogs Friedrich Ferdinands. Das Ziel der Reise von Kiel war Dammshaus; weil jedoch die Frau-Prinzessin Heinrich unterwegs durch ein Geschick verriet wurde, fuhr man nach Grünholz. Am Freitag erschien dort eine Streifenwache von acht Mann, um das Auto des Prinzen zu requirieren. Die Leute waren sehr höflich und der Prinz unterteilt sich auf das freundlichste mit ihnen. Er erklärte, daß er sich der Nacht unterwerfe. ... lieferte seinen Kofferwagen aus. Er überließ in Eile nach Dammshaus.

Winterboten am Rhein. Aus dem hohen Norden kamen dieser Tage die ersten Eismännchen als frühzeitige Winterboten auf dem Rhein ein und lösten in ihrem schlagendem Flug die über der Wasseroberfläche nach sich aus.

Wästelhafter Tod. Dieser Tage sollte der Eschschmeißler Riels aus Riefen in Thier geerdigt werden. In letzter Stunde wurde aber die Beerdisungsanbahnung zurückgezogen und die Leiche gerichtlich beschlagnahmt. Der plötzliche Tod dieses gesunden Mannes hatte Verdaulich erregt. Der Verstorbene hatte am Abend vor dem Tode eine in einer Gastwirtschaft 12—14 Stropf genossen. Da auch den übrigen Teilnehmern das Strogelagel über bekommen ist, nimmt man an, daß in dem Rum Weizhollischol oder sonstige giftige alkoholische Bestandteile enthalten gewesen sind.

Wandermännchen. In einem Ort der Gegendstraße in Altona sind zwei mit einem demofacten Soloon in eine Wohnung eingedrungen, haben den Inhaber, einen alten Invaliden- und Rentenempfänger, entleidet und ihm 900 Mark bares Geld, das er in einem Brustbeutel bei sich trug, gestaubt. Der Dieb hat in bedauerlich völliger Verwirrung die Angreifer darüber sicher unterrichtet gewesen sein, wo der alte Mann sein Vermögen aufbewahrt.

Im Rebermut erstickt. In Wandersdorf wurde der 13jährige Sohn eines Soldaten, als er einer der Gasse auf die Straße blühte, von einer Karrenstrauke

Der Lebensmittelminister Gumpel.

Der amerikanische Lebensmittelkontrollleur Hoover reist am Sonntagabend an Bord des Dampfers „Olympic“ nach Europa ab, um das Problem der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung von Frankreich, Belgien und den Ländern der Mittelmächte sowie des nahen Ostens zu studieren.

Es ist erinnerlich, daß in der letzten Note der deutschen Regierung an Anfang der Kämpfe ausgedrückt wurde, Hoover möchte nach Europa kommen und die Ernährungsfragen regeln.

Lebensmittelzüge nach dem Westen.

Die Lebensmittelzüge sollen zur Verpflegung der zurückziehenden Truppen dienen. Dadurch soll auch etwaigen Plünderungen vorgebeugt werden. In Belgien sind große verpackte Lebensmittellager aufgefunden worden, die der Truppenverpflegung dienlich gemacht werden. Man rechnet damit, daß die große Menge der Truppen in drei Tagen Berlin erreichen wird.

Personen über Ernährungs- und Schulfragen.

Arthur Henderson wies in einer Rede in Kopenhagen auf die Pflicht der Alliierten hin, den geschlagenen Feind mit Lebensmitteln zu versorgen. Er sagte: „Es freute ihn, mitteilen zu können, daß bereits Beamte aus England abgereist seien, um einer Konferenz beizuwohnen, die sich in erster Linie mit der Lebensmittelversorgung und dann auch mit der Lieferung von Rohstoffen beschäftigen werde, die nötig seien, um den Menschen Arbeit zu verschaffen.“

Er erklärte ferner, daß diejenigen, die die Kriegsgesetze verletzt hätten, vor einem Gericht angeklagt werden sollten. Er sei aber nicht dafür, daß man einen U-Boot-Kommandanten anklage, während der Kaiser frei bleibe, oder daß ein General von der Front vor die Schranken des Gerichts gebracht werde, während der Kronprinz frei ausgehe. Man müßte an der Spitze beginnen.

Die großartigen Prunkräume des gewaltigen Berliner Schlosses zweifelsfrei auszunutzen, ist z. B. wirklich nicht so leicht, wie es scheinen mag.

Entschieden ein beträchtlicher Teil der Schlösser und Burgen fürstlicher Privatbesitz, kann also billigerweise von den Eigentümern beansprucht werden, auch wenn sie unter Verwaltung der Zivilisten stehen. Dahn gehören das Neue Palais bei Potsdam, das Palais des alten Kaisers und Kaiser Friedrichs in Berlin, die berühmten bayerischen Königsschlösser, die Harburg bei Eisenach und manches andere. Alle diese Schlösser haben nicht selten die Staatlichen Unterhaltungs- und Erhaltungsbereitschaften geleistet, so daß diese Tatsachen näher zu prüfen wären. Aber Zugabebauten sind auch unter diesen nicht viel, sie sind ja auch vielfach nicht bewohnt. Und nur ein Kabod könnte sich aufblähen als Schlossherr eines alten Königshaus.

Vielleicht noch schwieriger dürfte die Ordnung der Erb- und Angelegenheiten sein, die nicht nur als Kuriositäten, sondern auch für die Geschäftswelt der Residenzstädte durch den dadurch veranlaßten Theaterbesuch von erheblicher Bedeutung sind. In den allermeisten haben die fürstlichen Inhaber beträchtliche Zuschüsse aus ihren Privatmitteln geleistet, die z. B. beim Oberhaus in Berlin in manchem Jahre mehr als eine Million Mark betragen. Es sind bei Burgen, Schlössern und Hoftheatern überall große Interessen der Kunst und Wissenschaft zu wahren. In der neuen Reichsregierung ist ja Herr Landsberger Minister für diese Sache.

Generell sei zum Schluß noch, daß zum persönlichen Besitz des Kaisers Wilhelm das Schloß Achilleion auf der griechischen Insel Korfu und Schloß Urville in Lothringen gehören.

Die Museen, Sammlungen sind fast überall Staats-eigentum. Die große Inskripte sind auch bei den Berliner Volksgewissen nicht in Mitleidenschaft gezogen. Das Unterirdischgebäude ist äußerlich durch Schiffe beschädigt worden.

erschlo
werde
Jahre
sien i
gerade
wicht
richtu
Markt
daten
die et
Arbei
stie
hülle
schaf
getrie
weiter
schen
Sunge
hau
den
eine
Stern
in der
S. Ro
Haupt
belde
Herje
Julia
demol
lebens
erklär
trieb
wand
heimi
der
mehr
so daß
werden
sonder
leit vo
leit vo
geht
bewuß
Unter
ist der
Nenn
Bei d
Jugbe
steht,
ein
sc n
Es ist
für die
Heim
milie
wünsch
um lo
D
En
Mittl
geschlo
wissen
Sie mi
bermih
Waffen
Ich ma
Revolu
D
schob
nich
solte
D
andern
wohl d
glaubte
weil Se
und es
R
nicht be
er gera
O
trinkt
anher
ich —
dolner
U
berfänd
den Re
für ein
berum
Die
ich Ve
nont do
im
Stumia
komme
ist uner
gimmer
hat er d
Fen
bedung
bringi
aus?